



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 13.06.2024,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:13



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Christian Kolain

Lea Saßnowski

CDU

Florian Feierabend

Susanne Höhlinger

Vertreterin für Herrn Kautzmann

Annette Korz

SPD

Judith Albrecht-Pinnow

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Sandra Michler

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

Die LINKE

Daniel Emmerich

Vertreter von Frau Hartmann

beratendes Mitglied

Ursula Kutschmann

Vertreter der Jugendverbände

Philipp Wagner

Vertreter der Eltern der Kindertagesstätten



Michael Köhr

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Silke Thomas

Elisabeth Traunmüller

Vorsitzender

Lena Dürphold

Berichterstatter

Clarissa Lorenz-Jahn

Schriftführer/in

Kim Ingledue

Vertreterin des für den Bezirk des Jugendamtes zuständigen Agentur für Arbeit

Cornelia Pfirrmann

Sonstige

Arno Schönhöfer

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Heimann

CDU

Theo Kautzmann

Vertreten durch Frau Höhlinger

Eva Waldenberger

SPD



Martin Schlimmer-Bär

FWG

Hermann Eichhorn

Die LINKE

Lisa Hartmann

Vertreten durch Herrn Emmerich

Vertreter der evangelischen Kirche

Dekan Volker Janke

beratendes Mitglied

Hannah Reis

Stadtjugendring

Birgit Hoffmann

Vertreter der Jugendverbände

Simon Hargesheimer

Eric Holzmann

Susanne Scharhag

Vertreter aus dem Kreis des Personals der Landauer Kindertagesstätten

Katharina Herty

Beauftragter für Jugendsachen der Polizeidirektion Landau

Thomas Effler

Torsten Specht

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Heinrich Braun



Jaqueline Wetzels-von Nethen

Mitglied aus der mit Vormundschafts-, Familien- oder Jugendsachen befassten Richterschaft

Judith Schelp

Vertreter der Lehrerschaft (ADD)

Sabine Sielemann

Fachkraft des Gesundheitsamtes

Ute Clemens

Kommunale Frauenbeauftragte

Evi Julier

Vertreter der katholischen Kirche

Andreas Scheer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
2. Einwohnerfragestunde
3. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans 2024
Vorlage: 510/104/2024
4. LandauPass
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden.

Herr Professor Bastian stellt sich und seine Master-Seminarteilnehmerinnen und – Teilnehmer vor (Uni Landau – FB Erziehungswissenschaften).

Es sind keine neuen Mitglieder zu verpflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans 2024

Die Vorsitzende führt in das Thema ein.

Frau Ingledue stellt den Kindertagesstättenbedarfsplan 2024/2025 mit Stand 08.05.2024 vor.

Frau Schwarzmüller merkt an, dass die Balkenhöhe bei der Grafik der Einwohner der Jahrgänge 2005-2023 nicht korrekt ist und fragt nach was eine zumutbare Entfernung zur Kindertagesstätte bedeutet? Oftmals sind Eltern nicht mobil und erhalten keinen wohnortnahen Kita-Platz.

Frau Lorenz-Jahn und die Vorsitzende antworten, dass die kreisfreie Stadt Landau als ein Jugendamtsbezirk gilt. D.h. es ist den Eltern zuzumuten, auch weitere Wege im Stadtgebiet zurück zu legen, um einen bedarfsdeckenden Kitaplatz in Anspruch zu nehmen.

Frau Schwarzmüller möchte wissen, wie sich die Quote der Bedarfsberechnung für die U2-Plätze zusammensetzt. Herr Köhr und Frau Schwarzmüller regen eine regelmäßige Bedarfsabfrage bei den Eltern an. Herr Köhr verweist weiterhin auf die Stadt Trier und deren Vorgehensweise bei der Bedarfsermittlung.

Frau Ingledue und Frau Lorenz-Jahn ergänzen, dass bei der Ermittlung der Bedarfsquote auch auf die aktuellen Gegebenheiten im Stadtgebiet eingegangen wird. Im Jugendamt werden monatliche Abfragen bei den Kindertagesstätten erbeten, um ein gutes Bild über die freien Plätze in den Einrichtungen zu erhalten und entsprechende Anpassungen an der Bedarfsquote vorzunehmen. Eine Abfrage des Bedarfs bei den Eltern wird als nicht zielführend angesehen, da es sich dabei oft um Wünsche handelt, die der tatsächlichen Inanspruchnahme eines Angebots entgegenstehen.

Frau Lorenz-Jahn berichtet, dass bisher alle Kinder, die einen Betreuungsplatz in Landau haben wollten, auch einen Platz erhalten haben. KitaKids bietet sich als Abfrageplattform aufgrund der durchwachsenen Nutzung vonseiten der Eltern oder der Kitas als Abfragemedium nicht an.

Frau Höhlinger erfragt den Stand Sanierung der Kita Arzheim und die mögliche Auslagerung der Kinder.

Frau Dürphold erklärt, dass der konkrete Zeitplan noch nicht feststeht und das Jugendamt sich weiterhin in Absprache mit der Kirche und dem GML befindet. Nach Überprüfung durch das GML ist eine Sanierung der Einrichtung die kostengünstigere Alternative zum Abriss. Ebenfalls wäre die Sanierung nach aktuellem Stand im laufenden Kita-Betrieb möglich. Näheres kann erst berichtet werden, wenn sich die Planung konkretisiert.

Frau Korz erfragt nochmals die Definition eines Hortplatzes.

Die Vorsitzende erklärt, dass es sich hier zwar um schulpflichtige Kinder handelt aber, dass es sich bei einem Hort um eine Betriebserlaubnis relevante Einrichtung handelt und diese daher im Bedarfsplan erfasst ist.



Herr Köhr weißt nochmals daraufhin die Bedarfsberechnung U2 ändern und eine Abfrage durchzuführen. Er verweist auf die Daten des Bildungsministeriums.

Frau Lorenz-Jahn erläutert, dass auch durch eine Bedarfsabfrage nicht die konkreten Bedarfe abgebildet werden könnten. Zudem ergäbe sich auch eine Finanzierungsproblematik (freiwillige Mittel alles über 8 % freie Plätze zum Stichtag 31.05.2024). Kita Kids kann für eine Bedarfsanalyse nicht herangezogen werden da dieses nicht von allen Beteiligten genutzt wird.

Frau Korz bittet um Erläuterung der Fehlbelegungsquote.

Frau Lorenz-Jahn erklärt, dass die Fehlbelegungsquote vonseiten des Landes Rheinland-Pfalz im KiTaG festgelegt wurde. Diese belief sich im Jahr 2021 auf 20 % und wird jährlich um 2 Prozentpunkte gesenkt. Dies bedeutet, dass zum 31.05.2028 nur noch 8 % der Plätze für Kinder über zwei Jahre frei sein dürfen. Sollte die Fehlbelegungsquote höher sein, wird der Anteil des Landes an den Personalkosten entsprechend gekürzt, was sich negativ auf den städtischen Haushalt auswirkt.

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Kindertagesstättenbedarfsplans vom 8. Mai 2024 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

LandauPass

Die Vorsitzende berichtet, dass sich der Landau Pass bewährt hat und gut von den Familien angenommen wird. Es habe sich gezeigt, dass die Aufteilung der Finanzmittel und der Refinanzierung nicht ideal war. Dies wurde vonseiten der Jugendförderung neu aufgeteilt.

Herr Schönhöfer stellt die Neuerungen für den Landau Pass anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (s. Anlage). Die Neuausrichtung der Verteilung im Bereich der Refinanzierung wurde mit allen beteiligten Einrichtungen besprochen.

Alle sind einverstanden.

Der Landau Pass soll laufend erweitert werden. Hier sei man mit verschiedenen kulturellen Einrichtungen im Gespräch.

Herr Emmerich erfragt ob die Präsentation im Nachgang zur Verfügung gestellt wird.

Frau Dürphold bejaht dies und weist daraufhin, dass diese auch schon im Sozialausschuss hinterlegt wurde.

Herr Kolain und Herr Emmerich merken an, dass die Nutzung und Verteilung sich jedes Jahr ändert. Daher ist es gut, die Nutzung zu erfassen.

Herr Schönhöfer: Einrichtungen wurden darauf hingewiesen.

Herr Kolain: Der vorliegende Verteilungsschlüssel wird als gut befunden.

Frau Saßnowski: Woher wissen die Einrichtungen, aus welchen Kategorien die Pässe kommen. Wie stellt sich die Statistik zusammen.

Herr Schönhöfer: Pass hat eine Markierung und nur zwei städtische Angestellte wissen, was die Kategorie im Zahlencode bedeutet. Keine Stigmatisierung!

Frau Thomas fragt nach, wieso nur stadtnahe Institutionen Gelder zurückbekommen. Warum Kleine Bühne etc. nicht berücksichtigt wird.

Herr Schönhöfer: Familienpass hat Haushalt auf Bundesebene zu sehr belastet. Familienpass durfte damals eingeführt werden, unter der Bedingung, dass die Gelder an die städtischen Einrichtungen zurückgeführt werden müssen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Frau Dürphold weist daraufhin, dass es sich um den letzten Jugendhilfeausschuss vor der Sommerpause handelt.



Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 13.06.2024 umfasst 5 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 41.

Lena Dürphold
Vorsitzende

gez.
Kim Ingledue
Schriftführer